
Testatsexemplar

e.dat GmbH
Schwerin

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS**



Inhaltsverzeichnis

Seite

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2018.....	3
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2018.....	7
Anlagenspiegel 2018.....	19
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018**1. Grundlagen der Gesellschaft****1.1. Geschäftsmodell der Gesellschaft**

Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 hat sich die e.dat GmbH im Dienstleistungsmarkt für Ver- und Entsorgungs- sowie Telekommunikationsunternehmen erfolgreich etabliert.

Die Dienstleistungspalette umfasst derzeit Abrechnungs-, Mess- und Kundenservicedienstleistungen, Marktkommunikation, GIS-Erfassung sowie IT-Leistungen wie z. B. Layout-Programmierung und Web-Portal.

Die Gesellschaft bietet als Dienstleister für mittlerweile 28 Mandanten eine effiziente und zuverlässige Abwicklung von kunden- und marktbezogenen Prozessen an. Die e.dat GmbH ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der WEMAG AG.

1.2. Ziele und Strategien

Im Jahr 2018 wurden die Ziele und Strategien der e.dat GmbH überarbeitet. Daraus resultieren die Vereinfachung und Optimierung von Abläufen, Abstimmungsprozessen und Kommunikationswegen sowie die Nutzung der Digitalisierung und daraus folgend die Automatisierung der Prozesse in der Marktkommunikation und der Abrechnung.

Der Umsatz am Drittmarkt soll bis 2024 verdoppelt werden und bis 2030 soll der Umsatz am Drittmarkt 50 % des Gesamtumsatzes ausmachen.

Des Weiteren soll eine systematische Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter erfolgen. Ziel ist es, dass bis Ende 2022 mindestens 50 % der Mitarbeiter über die Abteilung hinausreichende Aufgaben übernehmen können.

1.3. Steuerungssystem

Die e.dat GmbH hat die Unternehmenssteuerung auf die beschriebene Zielstellung ausgerichtet. Als Tochterunternehmen der WEMAG AG stellt die Gesellschafterversammlung das oberste Steuerungsinstrument dar. Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der WEMAG AG und der e.dat GmbH. Die einzelnen Bereiche der e.dat GmbH

werden anhand von strategischen und operativen Vorgaben gesteuert. Die Prüfung erfolgt regelmäßig durch ein eigenes dezentrales Controlling, welches in das zentrale Controlling-System der WEMAG AG integriert ist.

1.4. Forschung und Entwicklung

Die allgemeine Ausrichtung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der e.dat GmbH beruhen im Kern auf den bereits beschriebenen strategischen Vorgaben. Dies findet seinen Ausdruck in der kontinuierlichen Weiterentwicklung des bestehenden Produktportfolios sowie in der Entwicklung neuer Geschäftsfelder und Produkte.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Politisches Umfeld

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, welches im Juli 2016 verabschiedet wurde, soll Erzeugung und Verbrauch effizienter miteinander verknüpfen. Dieses Gesetz schafft nun klarere Rahmenbedingungen für die Einbauverpflichtung von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen. Zudem schafft das Gesetz die technischen und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Digitalisierung des Stromsektors. Ohne diese Voraussetzungen wären wichtige Elemente eines „Strommarktes 2.0“, wie z. B. das Lastmanagement oder die sichere Systemintegration einer Vielzahl dezentraler erneuerbarer Erzeugungsanlagen, nicht zu realisieren.

Im Februar 2018 wurde der Zählpunkt durch die Mess- und Marktlokation in der Marktkommunikation abgelöst. Für das 1. Quartal 2019 wird mit der Zertifizierung von drei Gateway-Herstellern und der damit einhergehenden Markterklärung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gerechnet. Dies markiert den Start der 10-Prozent-Einbauverpflichtung für bestimmte Verbrauchskategorien und damit den Rollout-Beginn von intelligenten Messsystemen.

Die gesetzlichen Vorgaben zur Umsetzung der Energiewende stellen weiterhin hohe Anforderungen an die gesamte Energiewirtschaft.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Ein verstärkter Preisdruck zwischen den Energievertrieben und der damit steigende Wettbewerb wird von den Vertrieben an die Dienstleister weitergegeben. Die e.dat GmbH reagiert auf diese Anforderung durch weitere Automatisierungs- und Optimierungsmaßnahmen um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Aus Sicht der e.dat GmbH wird der Preisdruck weiterhin

bestehen bleiben und tendenziell eine Konsolidierung des Dienstleistungsmarktes mit sich bringen.

2.2. Geschäftsverlauf

Die Qualität der durch die e.dat GmbH erbrachten Dienstleistungen ist nach wie vor auf einem hohen Niveau. Dies spiegelt sich auch in den wirtschaftlichen Kennzahlen unserer Mandanten sowie deren Kundenzufriedenheitsstatistiken wider. Es konnten im Rahmen unseres etablierten Dienstleistungsmodells, welches auf die Abwicklung von bundesweit tätigen Strom- und Gasvertrieben abzielt, keine neuen Full-Service-Geschäftsbeziehungen begründet werden. Zudem wurde zum Jahresende der Vertrag mit einem bundesweiten Mandanten beendet. Die Dienstleistungen werden zukünftig durch ein Tochterunternehmen des neuen Gesellschafters auf dessen Systemlandschaft erbracht.

In neuen Geschäftsfeldern, wie dem Web-Portal, Produkt- und Layout-Programmierung, Abrechnung und Betreuung Telekommunikation sowie GIS-Erfassung konnten neue Geschäftsbeziehungen aufgebaut bzw. fortgeführt werden.

2.3. Lage

2.3.1. Ertragslage

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeiten im Jahr 2018 war das Erbringen von Dienstleistungen für Unternehmen der Energieversorgung und -entsorgung sowie der Telekommunikation. Im Jahr 2018 betrugen die Umsatzerlöse insgesamt 16.041,3 TEUR. Im Vergleich zum Jahr 2017 ergibt sich eine Erhöhung von 299,1 TEUR (1,9 %). Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Geschäftsjahr 62,0 TEUR. Hierin sind Erträge aus der Auflösung von Personal- und sonstigen Rückstellungen, Sachbezugsleistungen sowie Erstattungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz enthalten.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 573,6 TEUR (7,8 %) auf 7.881,1 TEUR. Dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Gehalts- und Altersteilzeitaufwendungen. Am 31. Dezember 2018 beschäftigte die Gesellschaft 161 Mitarbeiter (Vorjahr 151).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 872,1 TEUR auf 6.541,0 TEUR erhöht. Die Veränderung resultiert hauptsächlich aus 347,8 TEUR höheren Ausgleichszahlungen, 239,5 TEUR höheren Rechts-/Beratungs- und Wirtschaftsprüfungskosten, 220,3 TEUR höheren Arbeitnehmerüberlassungskosten,

64,8 TEUR höheren Aufwendungen für IT-Dienstleistungen, 64,8 TEUR höheren Porto- und Kurierdienstkosten sowie 76,9 TEUR geringeren Personaldienstleistungskosten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insgesamt 4.277,8 TEUR aus Verträgen mit der Gesellschafterin (Vorjahr 4.204,5 TEUR).

Für das abgelaufene Geschäftsjahr weist die e.dat GmbH einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 637,7 TEUR aus (Vorjahr 1.950,9 TEUR).

2.3.2. Finanzlage

	2018	2017
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.031,2	1.932,4
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (<i>inkl. Finanzanlagen und geleistete Anzahlungen</i>)	-237,3	-320,3
Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-2.000,5	-1.154,7
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1.206,6	457,4
Finanzmittelfonds am 1. Januar	3.622,9	3.165,5
Finanzmittelfonds am 31. Dezember	2.416,3	3.622,9

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.031,2 TEUR resultiert im Wesentlichen aus dem Periodenergebnis (637,7 TEUR), den Abschreibungen (269,7 TEUR), der Zunahme der Rückstellungen (663,0 TEUR) sowie der Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Aktiva (543,6 TEUR).

Dem gegenüber steht ein Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 237,3 TEUR und ein Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 2.000,5 TEUR.

Der Finanzmittelbestand der e.dat GmbH ist im Geschäftsjahr um 1.206,6 TEUR gesunken und beträgt somit zum Bilanzstichtag 2.416,3 TEUR.

2.3.3. Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017
	TEUR	TEUR
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.410,8	3.128,9
Langfristige Verbindlichkeiten	545,6	486,9
Eigenkapital	784,2	784,2
Bilanzsumme	3.740,6	4.400,0

Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag 784,2 TEUR (Vorjahr: 784,2 TEUR). Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt somit 21,0 % (Vorjahr: 17,8 %). Die langfristigen Verbindlichkeiten 2018 setzen sich im Wesentlichen aus Rückstellungen mit 545,6 TEUR zusammen.

2.3.5. Liquidität

Die Liquidität der e.dat GmbH war zu jeder Zeit gesichert.

2.3.6. Vermögenslage

	31.12.2018	31.12.2017
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	467,0	463,5
Vorräte	0,0	6,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	811,5	293,6
Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten	2.416,3	3.622,9
Sonstige Aktiva	45,8	13,6
Aktiva	3.740,6	4.400,0
Eigenkapital	784,2	784,2
Rückstellungen	1.665,8	1.002,8
Verbindlichkeiten	1.278,5	2.597,0
Sonstige Passiva	12,1	16,0
Passiva	3.740,6	4.400,0

Die Bilanzsumme der e.dat GmbH sank gegenüber dem Vorjahr um 659,4 TEUR.

Das Anlagevermögen stieg um 3,5 TEUR. Den Sachinvestitionen standen Abschreibungen in Höhe von 269,7 TEUR gegenüber. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen um 517,9 TEUR.

Bei den Passiva erhöhten sich die Rückstellungen um 663,0 TEUR. Demgegenüber stehen um 1.318,5 TEUR gesunkene Verbindlichkeiten, davon aus Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 1.318,4 TEUR.

2.3.7. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Wirksamkeit des prozessorientierten Qualitätsmanagements bei der e.dat GmbH wurde in 2018 durch das wiederholt erfolgreiche Bestehen des externen Audits nach DIN EN ISO 9001:2015 bestätigt. Laut Einschätzung des Prüfers entspricht das Qualitätsmanagementsystem der e.dat GmbH nicht nur den Anforderungen der Norm, sondern es ist gegenüber dem Jahr 2017 eine positive Weiterentwicklung erkennbar. Diesen Weg wird die e.dat GmbH weiter bestreiten, denn durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess bleibt gewährleistet,

dass die systematische Prüfung und Optimierung von Prozessen dauerhaft im Unternehmen verankert bleibt.

Die Gesellschaft räumt der Qualifikation der Mitarbeiter – als wesentlichen Faktor für die Unternehmensentwicklung – einen hohen Stellenwert ein. Die kundenorientierten Dienstleistungen werden durch 153 Mitarbeiter realisiert. Das alltägliche Handeln wird durch Kundenzufriedenheit und Zukunftssicherheit bestimmt. Hierzu werden Aus- und Weiterbildungen zu fachlichen Themen aber auch zur Zusammenarbeit und Stressbewältigung durchgeführt.

Bei der e.dat GmbH verfügen 19,1 % der Mitarbeiter über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, 5,1 % haben eine Meister-/Technikerausbildung bzw. einen gleichwertigen Fachschulabschluss und 75,8 % sind als Facharbeiter ausgebildet. Zusätzlich bildet die e.dat GmbH über den Eigenbedarf hinaus Jugendliche aus. Zum Jahresende 2018 befanden sich vier Mitarbeiter in einer Technikerlehre im Ausbildungsverhältnis mit der e.dat GmbH. Für das Lehrjahr 2019 ist die Einstellung eines Auszubildenden im Rahmen eines Dualen Studiums (Wirtschaftsinformatik) und die Einstellung von zwei Auszubildenden als Kaufleute für Dialogmarketing geplant.

Als wesentliche finanzielle Kennzahl wird das Jahresergebnis vor Ergebnisabführung herangezogen.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1. Prognosebericht

Das Jahresergebnis 2018 hat die Prognose nicht erreicht. Dies resultiert im Wesentlichen aus nicht erwarteten Aufwendungen.

Die Geschäftsführung rechnet für 2019 mit einem ca. 317 TEUR höherem Jahresergebnis. Die aktuelle Ergebnisplanung für 2019 beläuft sich auf ca. 970 TEUR. In den kommenden Jahren soll das Geschäft durch die Akquise von neuen Mandanten und die Erschließung neuer Produktfelder breiter aufgestellt werden, sodass dauerhaft positive Umsatzrenditen erzielt werden können. Dafür gilt es mittelfristig durch die konsequente Optimierung bestehender Prozesse und Systeme die Marktfähigkeit zu verbessern.

3.2. Risikobericht

3.2.1. Risikomanagementsystem

Die e.dat GmbH betreibt ein Risikomanagement entsprechend dem KonTraG und ist in das Risikomanagement der WEMAG AG integriert. Hiermit wird die Verpflichtung umgesetzt, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden. Durch das Sicherstellen der unternehmensweiten systematischen Erfassung, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie deren zeitnahe Aktualisierung wird die Zweckmäßigkeit des Systems gewährleistet.

Relevante Einzelrisiken und die Gesamtrisikolage der e.dat GmbH werden regelmäßig an die Geschäftsleitung und die Gesellschafterin berichtet. Bei wesentlichen Veränderungen werden diese umgehend informiert.

3.2.2. Risiken

Bestandsgefährdende wirtschaftliche, rechtliche oder sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung bestehen unmittelbar nicht. Die Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin wird auf Basis der bestehenden Verträge fortgeführt.

Durch die gegenwärtig zurückhaltende Vergabep Praxis der Stadtwerke und Versorger sowie die Weitergabe des Kostendrucks ist nur ein langsames Wachstum möglich. Darüber hinaus entstehen durch die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen zunehmend Aufwände, denen keine unmittelbaren Erlöse gegenüberstehen.

3.3. Chancenbericht

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass durch die fortgesetzte Diversifikation des Produktportfolios und der damit verbundenen Weiterentwicklung der Vertriebsstrategie sowie durch die angestrebten Optimierungsmaßnahmen ein signifikanter Teil der genannten Risiken kompensiert werden kann.

Insbesondere die qualitativ hochwertige Arbeit auf neuen Geschäftsfeldern wird hierbei als Empfehlung für zusätzliche Aufträge angesehen. Auch in der Vernetzung innerhalb der Thüga-Gruppe wird ein Vertriebspotential gesehen. Dies soll durch die Betonung der Zugehörigkeit zum „Systemlösungspaket“ der Servicegesellschaften der Thüga-Gruppe und die gleichzeitige Nutzung deren bestehender Kommunikationskanäle erfolgen.

Schwerin, den 19. März 2019



e.dat GmbH, Schwerin

Die Geschäftsführung

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

e.dat GmbH, Schwerin

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite	31.12.2018	31.12.2017	Passivseite	
	€	€	31.12.2018	31.12.2017
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
II. Sachanlagen				
1. technische Anlagen und Maschinen	5.138,32	6.133,00		
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.185,16	64.751,66		
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10.010,00	0,00		
	71.333,48	70.884,66		
	467.021,65	463.450,14		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	6.396,00		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	226.867,31	148.938,61		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon gegen Gesellschafter € 0,00; Vorjahr € 87.725,43)	565.411,14	143.660,19		
3. sonstige Vermögensgegenstände	19.203,74	1.000,00		
	811.482,19	293.598,80		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.416.346,23	3.622.926,14		
	3.227.828,42	3.922.920,94		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	12.996,62	13.642,62		
D. aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
	32.773,52	0,00		
	3.740.620,21	4.400.013,70		
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00		250.000,00	
II. Gewinnvortrag	534.215,65		534.215,65	
	784.215,65		784.215,65	
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	256.106,63		250.241,91	
2. sonstige Rückstellungen	1.409.733,20		752.578,45	
	1.665.839,83		1.002.820,36	
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	74.311,19		156.219,24	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon gegenüber Gesellschafter € 1.017.552,32; Vorjahr € 2.336.014,27)	1.017.552,32		2.336.014,27	
3. sonstige Verbindlichkeiten	186.661,22		104.724,18	
	1.278.524,73		2.596.957,69	
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
	12.040,00		16.020,00	
	3.740.620,21	4.400.013,70	3.740.620,21	4.400.013,70

e.dat GmbH, Schwerin
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018	2017
	€	€
1. Umsatzerlöse	16.041.344,53	15.742.283,81
2. sonstige betriebliche Erträge	62.039,48	148.511,15
	16.103.384,01	15.890.794,96
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.136,80	6.111,72
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	753.140,00	725.485,11
	760.276,80	731.596,83
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	6.526.375,85	5.996.300,97
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 122.664,50; Vorjahr € 106.486,50)	1.354.744,50	1.311.189,10
	7.881.120,35	7.307.490,07
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	269.661,83	196.129,01
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.540.960,11	5.668.891,21
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35.922,99	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 17.330,75; Vorjahr € 10.958,92) (davon aus Aufzinsung € 32.290,00; Vorjahr € 24.800,00)	49.620,75	35.758,92
9. Ergebnis nach Steuern	+637.667,16	+1.950.928,92
10. Aufwendungen aus Gewinnabführung	637.667,16	1.950.928,92
11. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Allgemeines

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Schwerin und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Schwerin (HRB 7139) eingetragen. Der Jahresabschluss der e.dat GmbH zum 31. Dezember 2018 ist nach den Vorschriften des HGB, des GmbHG und des EnWG aufgestellt. Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss freiwillig nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) aufgestellt. Der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren zugrunde.

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der WEMAG AG mit Sitz in Schwerin einbezogen, die den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt. Der von der WEMAG AG aufgestellte Konzernabschluss ist beim elektronischen Bundesanzeiger (www.ebundesanzeiger.de) abrufbar. Die WEMAG AG ist beim Amtsgericht Schwerin in das Handelsregister unter der Nummer HRB 615 eingetragen. Mit der WEMAG AG besteht seit dem 1. Januar 2006 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten erfasst und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Nutzungsdauer verringert sich bei Anschaffungen mit Vertragsbindungen auf drei Jahre.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten - vermindert um Abschreibungen - angesetzt. Bei den Herstellungskosten erfolgt der Ansatz nach § 255 Abs. 2 HGB. Wahlrechte zur Einbeziehung weiterer Kostenbestandteile wurden nicht ausgeübt.

Die Nutzungsdauern der wesentlichen Gruppen sind folgender Tabelle zu entnehmen:

	Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	3
sonst. techn. Anlagen und Maschinen	6-15
andere Anlagen, BGA	5-14

Zugänge ab dem 01. Januar 2008 werden ausschließlich linear unter Anwendung betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauern abgeschrieben.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Wert bis 150 EUR (netto ohne Umsatzsteuer) wurden ab dem 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2017 sofort erfolgswirksam erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Wert zwischen 150 EUR und 1.000 EUR (jeweils netto ohne Umsatzsteuer) wurden auf einem Sammelposten erfasst und über fünf Jahre abgeschrieben. Ab dem 1. Januar 2018 werden geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Wert bis 800 EUR sofort erfolgswirksam erfasst.

Sofern erforderlich werden außerplanmäßige Abschreibungen zum Ansatz eines niedrigeren beizulegenden Wertes vorgenommen.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt bei Anwendung zulässiger Bewertungsvereinfachungsverfahren zu Anschaffungskosten oder mit den niedrigeren Werten am Bilanzstichtag.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Der Bestand an **liquiden Mitteln** wird mit den Nominalwerten bewertet.

Für bereits im Geschäftsjahr angefallene Ausgaben, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen, wird ein **aktiver Rechnungsabgrenzungsposten** gebildet.

Passiva

Die Bilanzierung der **Pensionsrückstellungen** und der **Verpflichtungen aus der Jubiläumsgeldregelung** sowie aus der **Altersteilzeitregelung** erfolgte gemäß handelsrechtlichen Vorschriften.

Als versicherungsmathematisches Verfahren für die Pensionsrückstellungen und die Rückstellungen aus der Jubiläumsgeldregelung wurde die Projected Unit Credit Method (projizierte Einmalbetragsmethode) gewählt. Die bei der Berechnung auf den Bilanzstichtag prognostizierten Rechnungszinssätze entsprechen für die Pensionsrückstellungen dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 3,21 % p. a. und für die Rückstellungen aus der Jubiläumsgeldregelung dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 2,32 % p. a. bei einer Restlaufzeit von 15 Jahren, für den Rententrend wurde bei den

Pensionsrückstellungen von einer Prämisse von 1,75 % ausgegangen. Der Rechnungszinssatz beträgt für die Altersteilzeitrückstellung 0,82 % p. a. Wesentliche Abweichungen zu den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen Stand Ende Dezember 2018 bestanden nicht. Den Berechnungen der Pensionsrückstellungen liegen die Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,5 (Altersteilzeit 2,0) % zugrunde gelegt. Dem Unterschiedsbetrag bei den Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB in Höhe von 29.303 EUR stehen frei verfügbare Rücklagen in ausreichender Höhe gegenüber. Eine Ausschüttungssperre in Bezug auf den Bilanzgewinn besteht daher nicht.

Bei der Bemessung der **sonstigen Rückstellungen** wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach Maßgabe des HGB angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Die Abzinsung erfolgt mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Geschäftsjahre.

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt.

Unter den Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens mit den Rückstellungen für Altersteilzeit verrechnet. Gleiches gilt für die damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen und Erträge.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Für bereits im Geschäftsjahr erhaltene Einnahmen, die Erlöse für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen, wird ein **passiver Rechnungsabgrenzungsposten** gebildet.

Da die Gesellschaft einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der WEMAG AG, Schwerin, abgeschlossen hat und ihr Einkommen als Organgesellschaft somit dem Organträger zugerechnet wird, entfällt die Bilanzierung **laufender und latenter Steuern** bei der Gesellschaft.

Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2018 ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	davon Restlaufzeit > 1 Jahr	31.12.2017
	TEUR	TEUR	TEUR
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	227	0	149
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	565	0	144
Sonstige Vermögensgegenstände	19	0	1
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Summe	811	0	294
	<hr/>	<hr/>	<hr/>

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 565 TEUR (Vorjahr 144 TEUR) enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (19 TEUR) bilden im Wesentlichen Guthaben aus Lieferantenrechnungen (14 TEUR) sowie geleistete Anzahlungen (5 TEUR) ab.

Sämtliche Forderungen haben, wie im Vorjahr auch, eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

In dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 13 TEUR sind ausschließlich Aufwandsabgrenzungen, das Jahr 2019 betreffend, enthalten.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 33 TEUR resultiert aus dem Saldierungsgebot laut § 246 Abs. 2 Sätze 2 und 3 HGB.

Eigenkapital

Mit der WEMAG AG, als alleinige Gesellschafterin der e.dat GmbH, besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Nach Maßgabe des Vertrages wird das Geschäftsjahresergebnis an die WEMAG AG abgeführt. Das Eigenkapital bleibt in Vorjahreshöhe bestehen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	TEUR	TEUR
	<hr/>	<hr/>
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	256	250
sonstige Rückstellungen	1.410	753
	<hr/>	<hr/>
Summe	<u>1.666</u>	<u>1.003</u>

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit, sonstige Aufwendungen für das Personal sowie für ausstehende Lieferantenrechnungen.

Der Wert des als Deckungsvermögen verwandten verpfändeten Wertpapierdepots zum Zeitwert von 268 TEUR (Anschaffungskosten 610 TEUR) für Altersteilzeitverpflichtungen, der dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen ist, wurde gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen (512 TEUR; Vorjahr 388 TEUR) verrechnet.

Den Zinsaufwendungen aus der Änderung der Abzinsung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen von 7 TEUR (Vorjahr 4 TEUR) und den Personalaufwendungen aus Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen von 335 TEUR (Vorjahr 0 TEUR) steht ein Zinsertrag aus dem Deckungsvermögen von weniger als 1 TEUR (Vorjahr 1 EUR) gegenüber.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	davon mit einer Restlaufzeit				31.12.2017 insgesamt TEUR
	31.12.2018 insgesamt TEUR	< 1 Jahr TEUR	von 1 - 5 Jahre TEUR	> 5 Jahre TEUR	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	74	74	0	0	156
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.018	1.018	0	0	2.336
Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern)	187 (83)	187 (83)	0 (0)	0 (0)	105 (79)
Summe	<u>1.279</u>	<u>1.279</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.597</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen mit 638 TEUR Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung und mit 346 TEUR Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer gegenüber der Gesellschafterin.

Sämtliche Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2018 haben – wie im Vorjahr – eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und sind nicht besichert.

Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 12 TEUR sind ausschließlich Einnahmen für die Kompensation eines Auftrages zur Postleitzahlvalidierung enthalten.

Umsatzerlöse

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse ergibt sich wie folgt:

	2018	2017
	TEUR	TEUR
	<hr/>	<hr/>
Erlöse Abrechnungsdienstleistungen	8.958	8.990
Erlöse Messwesen	4.307	4.131
sonstige Umsatzerlöse	<u>2.777</u>	<u>2.621</u>
Summe	<u><u>16.042</u></u>	<u><u>15.742</u></u>

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von 94 TEUR (Vorjahr: 116 TEUR) enthalten.

Die Umsatzerlöse werden im Inland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

Dieser Posten enthält im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 32 TEUR (Vorjahr 121 TEUR) sowie Erträge aus der Erstattung gemäß Aufwendungsausgleichsgesetz in Höhe von 13 TEUR (Vorjahr 27 TEUR).

Materialaufwand

Der Materialaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2018	2017
	TEUR	TEUR
	<hr/>	<hr/>
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7	6
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>753</u>	<u>725</u>
Summe	<u><u>760</u></u>	<u><u>731</u></u>

Personalaufwand

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2018	2017
	TEUR	TEUR
	<hr/>	<hr/>
Löhne und Gehälter	6.526	5.996
soziale Abgaben	1.193	1.163
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<hr/> 162	<hr/> 148
Summe	<hr/> <hr/> 7.881	<hr/> <hr/> 8.078

Die Anzahl der Mitarbeiter inkl. Geschäftsführer beträgt im
Jahresdurchschnitt:

	2018	2017
	An-	An-
	zahl	zahl
	<hr/>	<hr/>
Angestellte	142	146
Gewerbliche Arbeitnehmer	<hr/> 11	<hr/> 5
Summe	<hr/> <hr/> 153	<hr/> <hr/> 151
davon Auszubildende	4	2
davon Geschäftsführung	<hr/> 1	<hr/> 1

Abschreibungen

Die Abschreibungen belaufen sich im Geschäftsjahr auf 270 TEUR (Vorjahr 196 TEUR).

Darin enthalten sind außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 23 TEUR aufgrund der Vertragsbeendigung im Geschäftsjahr 2019 mit den Stadtwerken Eilenburg.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2018	2017
	TEUR	TEUR
	<hr/>	<hr/>
Serviceleistungen	4.796	4.528
Beratungs- und Prüfungskosten	348	109
Telekommunikationsdienstleistungen	417	351
Mieten und Pachten	329	340
Aufwendungen aus den Abgängen von Anlagevermögen	0	2
Werbemaßnahmen	56	60
sonstige Personalaufwendungen	108	142
Büromaterial	21	22
Reisekosten	41	41
Beiträge und Gebühren	10	10
Ausgleichszahlungen	404	56
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	11	8
	<hr/>	<hr/>
Summe	6.541	5.669
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Zinsergebnis

Das Zinsergebnis ergibt sich wie folgt:

	2018	2017
	TEUR	TEUR
Zinsaufwendungen an verbundene Unternehmen	17	11
Andere Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32	25
= Zinsen und ähnliche Aufwendungen	49	36
	<hr/>	<hr/>
Zinsergebnis	-49	-36
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betreffen mit 32 TEUR die Aufzinsung von Rückstellungen (Vorjahr 25 TEUR).

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Finanzielle Verpflichtungen für Leistungen des Jahres 2018 bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen für Abrechnungsdienstleistungen sowie für sonstige Serviceleistungen in Höhe von 4.170 TEUR. Längerfristige Verpflichtungen bestehen nicht.

Daneben besteht zum 31. Dezember 2018 ein Bestellobligo in Höhe von 182 TEUR.

Darüber hinaus lagen keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen vor.

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen nach § 6b Abs. 2 EnWG

Im Geschäftsjahr bestanden mit der Gesellschafterin WEMAG AG Zusammenarbeitsverträge über Dienstleistungen und Abrechnungsservice im größeren Umfang, die weitergeführt oder erweitert wurden. Die Abrechnung hierzu erfolgte über Service Level Agreements zu marktüblichen Bedingungen.

Insbesondere berechnete die WEMAG AG der e.dat für EDV-Betreuung und Applikation 1.888 TEUR, für Personaldienstleistungen 824 TEUR, für Unternehmensentwicklung und Allgemeine Verwaltung 507 TEUR, für kaufmännische Dienstleistungen 476 TEUR, für Dienstleistungen der Telekommunikation 181 TEUR sowie im Einkauf/Material 137 TEUR und für den Betriebsrat 111 TEUR und Sonstige Level Agreements 154 TEUR, die zu Aufwand bei der Gesellschaft führten.

Die Nutzung der Telekommunikation-Mietleitung und die Betreuung der Telefonanlage werden über einen Service Level Agreement mit der WEMACOM Telekommunikation GmbH geregelt. Hierfür wurden der e.dat 45 TEUR berechnet. Die Gesellschaft erzielte gegenüber der WEMACOM Telekommunikation GmbH Erlöse in Höhe von 521 TEUR für die Vorbereitung und die Erfassung von Telekommunikationseinrichtungen, die Übernahme von Sekretariatsaufgaben sowie Unterstützungsleistungen für das Projekt Breitband.

Aus den Verträgen mit der WEMAG Netz GmbH zu Zählerwesen/Ablesung wurden 8.909 TEUR und für sonstige Dienstleistungen lt. diverser Angebote 215 TEUR ertragswirksam gebucht. Die WEMAG AG betreffend wurden 5.234 TEUR für kaufmännische Dienstleistungen und mit der mea Energieagentur Mecklenburg-Vorpommern GmbH 30 TEUR Erlöst.

Für kaufmännische Dienstleistungen gegenüber der WEMACOM Breitband GmbH wurden 58 TEUR Erlöst.

Für kaufmännische Dienstleistungen gegenüber der WEMACOM Breitband GmbH wurden 58 TEUR erlöst.

Der Anspruch der WEMAG AG auf Gewinnabführung der e.dat entsteht immer am Ende des jeweiligen Geschäftsjahres. Aufgrund der später erfolgenden Abführung für 2017 in 2018 entstanden der e.dat Zinskosten in Höhe von 17 TEUR.

Geschäftsführung

Herr Ralf Borchert, Plate, ist seit 1. Februar 2009 Geschäftsführer der e.dat GmbH, Schwerin.

Für die Angaben zu den Bezügen wird von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Abschlussprüferhonorare

Die Angaben zu den Honoraren der Abschlussprüfer werden im Konzernabschluss der WEMAG AG gemacht.

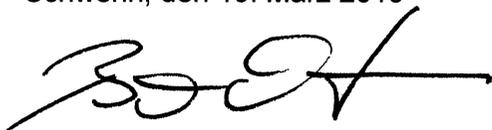
Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2018 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Ergebnisverwendung

Das Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von 637.667,16 EUR wird gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag an die WEMAG AG abgeführt.

Schwerin, den 19. März 2019



e.dat GmbH, Schwerin

Die Geschäftsführung

Anlagenspiegel 2018

e.dat GmbH, Schwerin
Anlagenpiegel 2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte				
	Anfangs-stand	Zugang	Abgang	Umbuchung	Endstand	Anfangs-stand	Zugang	Abgang	Zuschreibung	Umbuchung	Endstand	Buchwerte	Buchwerte
	01.01.2018 €	€	€	€	31.12.2018 €	01.01.2018 €	€	€	€	€	31.12.2018 €	31.12.2018 €	31.12.2017 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.977.841,18	241.223,34	0,00	0,00	3.219.064,52	2.585.275,70	238.100,65	0,00	0,00	0,00	2.823.376,35	395.688,17	392.565,48
	2.977.841,18	241.223,34	0,00	0,00	3.219.064,52	2.585.275,70	238.100,65	0,00	0,00	0,00	2.823.376,35	395.688,17	392.565,48
II. Sachanlagen 1. technische Anlagen und Maschinen 2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	71.571,19	0,00	0,00	0,00	71.571,19	65.438,19	994,68	0,00	0,00	0,00	66.432,87	5.138,32	6.133,00
	287.031,74	22.000,00	0,00	0,00	309.031,74	222.280,08	30.566,50	0,00	0,00	0,00	252.846,58	56.185,16	64.751,66
	0,00	10.010,00	0,00	0,00	10.010,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.010,00	0,00
	358.602,93	32.010,00	0,00	0,00	390.612,93	287.718,27	31.561,18	0,00	0,00	0,00	319.279,45	71.333,48	70.884,66
Anlagevermögen gesamt	3.336.444,11	273.233,34	0,00	0,00	3.609.677,45	2.872.993,97	269.661,83	0,00	0,00	0,00	3.142.655,80	467.021,65	463.450,14

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die e.dat GmbH, Schwerin

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS*Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der e.dat GmbH, Schwerin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der e.dat GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prü-

fung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstim-

mung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen wir Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstel-

lungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den

zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 in allen wesentlichen Belangen erfüllt.

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" weitergehend beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil hierzu zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung getrennter Konten sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen

Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung

nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Schwerin, den 20. März 2019

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Andreas Focke
Wirtschaftsprüfer



ppa. Martin Zucker
Wirtschaftsprüfer





20000003733810